

18. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

Schluss mit der Gewalt gegen Lehrer!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

- sein Engagement zum Schutz der Berliner Lehrer zu verstärken,
- ein für Schulleitungen verpflichtendes Meldesystem für Angriffe gegen Lehrer zu etablieren (gegliedert nach verbalen Anfeindungen, Drohungen, Belästigungen, Cybermobbing und körperlicher Gewalt),
- auf Basis der erfassten Daten regelmäßige Statistiken zu erstellen und zu evaluieren,
- betroffenen Lehrern rechtlichen Beistand zur Seite zu stellen,
- sicherzustellen, dass im Fall von Angriffen gegen Lehrer Ordnungsmaßnahmen nach §63, Absatz 2 SchulG Berlin getroffen werden,
- sicherzustellen, dass im Fall von körperlicher Gewalt unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit geeignete Ordnungsmaßnahmen nach §63, Absatz 2 getroffen werden, die dem Lehrer ermöglichen, seine Lehrtätigkeit angstfrei und ohne Unterbrechung fortzusetzen

Dem Abgeordnetenhaus ist zum 30. November 2018 zu berichten.

Begründung:

Einer Studie für den „Verband Bildung und Erziehung“ zufolge werden Lehrer immer häufiger Opfer von Gewalt. Gut die Hälfte der befragten Schulleiter gab an, dass Lehrer ihrer Schule in den letzten fünf Jahren von Schülern beschimpft, bedroht, beleidigt oder belästigt wurden. Jeder vierte Schulleiter berichtete von Gewalt gegen Lehrer.

Die Lehrgewerkschaft VBE kritisierte Anfang Mai 2018 öffentlich, Gewalt und Mobbing gegen Lehrer würden oft totgeschwiegen. Die Angst vor Reputationsverlust habe zu einer „Kultur des Schweigens“ geführt. Die Bildungsministerien verbreiteten immer noch das „Märchen“, es handele sich nur um Einzelfälle, so der VBE.

Als Maßnahme forderte der VBE, die Ministerien müssten Statistiken über Gewalt an Schulen führen, um das Problem zu bekämpfen. Die Thematisierung dieses Problems im Bildungsausschuss des Abgeordnetenhauses am 3. Mai 2018 zeigte, dass das Meldesystem und die statistische Erfassung der Vorfälle in Berlin unzureichend ist.

Berlin, den 3. Mai 2018

Pazderski Kerker Tabor Bießmann
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion